



prägnant 06

JULI 2019

GLEICHWERTIGKEIT DER LEBENSVERHÄLTNISSE IN DER STADT UND AUF DEM LAND GEWÄHRLEISTEN!

Ungleichheit hat viele Facetten

Eine davon zeigt sich in der Ausprägung unterschiedlichster regionaler Unterschiede innerhalb unseres Landes.

Sehr wohlhabenden Regionen im Süd-Westen und Süden stehen ärmeren und strukturschwächeren Regionen in weiten Teilen Ostdeutschlands und beispielsweise im Ruhrgebiet gegenüber. Längst ist eine Diskussion entbrannt, ob die grundgesetzlich garantierte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Flensburg und Lörrach, Aachen und Görlitz überhaupt gesichert werden kann. Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Krankenhäuser, Theater, Einzelhandelsgeschäfte werden in einigen Regionen ebenso in Frage gestellt, wie deren wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit generell.

Die IG Metall hält daran fest: Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, in Städten und auf dem Land bleiben unser Ziel. Diesem Ziel muss eine Wirtschaftspolitik dienen, die nicht nur die vermeintlichen Stärken ausbauen, sondern auch bestehende Defizite beheben will.

Es geht hierbei nicht nur um Investitionen in so genannte Leuchttürme, Schwarmstädte oder aufstrebende Oberzentren, sondern um eine flächendeckende Sicherung wichtiger Bestandteile der Daseinsvorsorge in einer lebenswerten Region.

Wenn es jedoch nach den Wissenschaftlern des Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (iwH) geht, dann soll Geld für Strukturförderung im Osten Deutschlands künftig nur noch in Städten und Ballungszentren investiert

werden. Diese Ideen präsentierten die Hallenser Forscher jüngst in einer neuen Studie, die sich mit dem Zustand des vereinigten Deutschland drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung befasst.

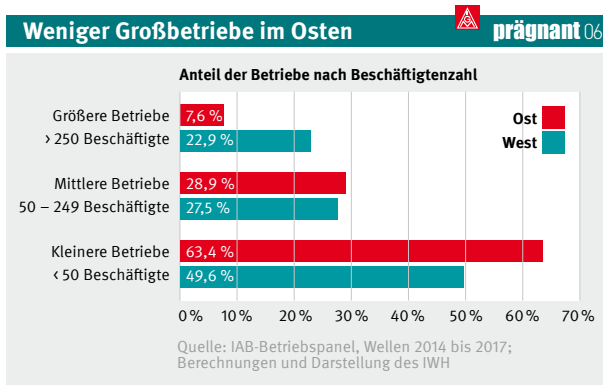
Die Menschen im Osten Deutschlands erlebten in den 1990er und 2000er Jahren den Zusammenbruch der Wirtschaftsstrukturen und den millionenfachen Verlust von Arbeitsplätzen. Bis heute hält der Aufholprozess an und ist noch nicht abgeschlossen.

Auch fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist der Strukturwandel in Ostdeutschland noch nicht bewältigt. Es fehlen wertschöpfungsstarke Betriebe, Konzernzentralen und Forschungseinrichtungen. Die Einkommen sind deutlich geringer, die Arbeitszeiten oftmals länger als in den alten Bundesländern – ein Zustand, zu dem auch die jahrelang verfolgten Niedriglohnstrategien ostdeutscher Bundesländer beigetragen haben. Absehbar wird ein hoher Anteil der Menschen in Ostdeutschland nur geringe Renten erhalten.

Von den Top-500-Unternehmen in Deutschland hatten im Jahr 2016 464 ihren Konzernsitz in West- und nur 36 in Ostdeutschland.

Der von vielen Ökonomen kritisierte Produktivitätsrückstand des Ostens liegt zum einen an der Kleinteiligkeit der Unternehmensstrukturen und an den fehlenden Konzernzentralen mit angegliederten Forschungs- und Entwicklungsabteilungen.

Sind ausschließlich die Städte die Wachstumszentren der Zukunft, die besondere Beachtung durch öffentliche Förderung bekommen sollten?



Laut den Wissenschaftlern aus Halle sind sowohl in West- als auch in Ostdeutschland höhere Produktivitätskennziffern im städtischen Raum als im ländlichen Raum zu verzeichnen. Städte sind also nicht nur in Ostdeutschland die Wachstumspole.

Interessant ist jedoch die Feststellung, dass im Osten trotzdem 50 Prozent der Erwerbstätigen im ländlichen Raum arbeiten, im Westen hingegen nur 25 Prozent. Umgekehrt lässt sich also feststellen, dass rund 50 Prozent der Erwerbstätigen im Osten in städtischen Räumen beschäftigt sind, in Westdeutschland sind es rund drei Viertel.

In Westdeutschland ist demzufolge die Bedeutung der Städte für die Beschäftigung deutlich höher.

Wenn jedoch die Hälfte der Menschen im Osten in ländlichen Regionen einer Erwerbsarbeit nachgehen, dürfen diese Gebiete nicht vernachlässigt werden. Vielmehr hält die IG Metall daran fest, dass Stadt und Land gleichsam gefördert oder bei der Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge gemeinsam betrachtet werden müssen. In Stadt und auf dem Land muss die grundgesetzlich garantierte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gelten.

Dass in Ostdeutschland die ländlichen Räume eine große beschäftigungspolitische Bedeutung haben, zeigt ein Blick auf Pendlerströme rund um die ostdeutschen Metropolen.

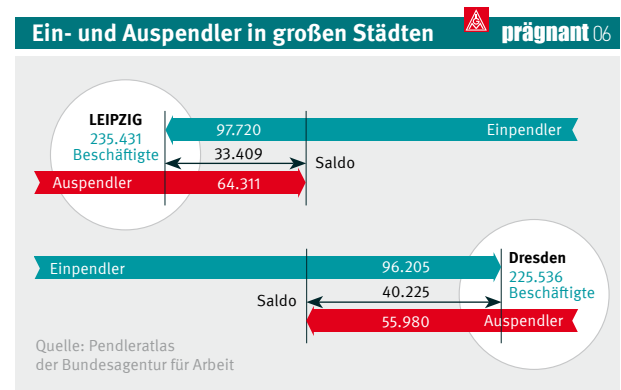
Schaut man auf die ländlichen Regionen, die die aufstrebenden ostdeutschen Städte umgeben, ergibt sich ein differenziertes Bild:

Es ist keineswegs so, dass nur Menschen nach Leipzig, Dresden, Potsdam oder Berlin zur Arbeit einpendeln. Es gibt ebenfalls in nennenswerter Zahl eine Gegenbewegung an Menschen, die sich von den Städten aus in die benachbarten Landkreise auf den Weg machen, um einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Datenbasis hierfür liefert der Pendleratlas der Bundesagentur für Arbeit (BA) anhand dessen Zahlenmaterial können die arbeitsbedingten Fahrtwege der Menschen in ihrer Umgebung veranschaulicht werden. Dargestellt werden im BA-Atlas die sogenannten „Pendlerverflechtungen“ der Städte und Landkreise. Hier können Informationen zu den Aus- und Einpendlern und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung am Wohn- und am Arbeitsort für jeden Kreis in Deutschland abgerufen werden.

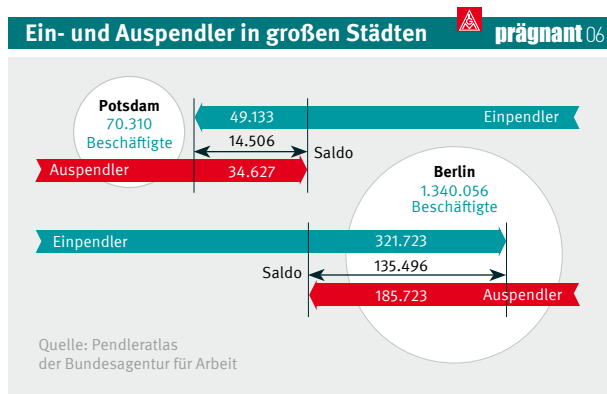
Leipzig und Umland hat als Stadt eine Sogwirkung auf das Umland. Weit mehr Menschen pendeln nach Leipzig-Stadt ein, um einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, als aus der Stadt zu diesem Zwecke auspendeln. Und dennoch ist die Zahl derer beachtlich, die im Umland einer Beschäftigung nachgehen. Vom ländlichen Raum, in dem keine Arbeitsplätze vorhanden sind, kann keine Rede sein.

Zu den Zahlen: **In der Region „Leipzig, Stadt“ wohnen 235.431 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.** Von ihnen pendeln 64.311 oder 27,3 Prozent zur Arbeit in einen anderen Kreis (Auspendler). Gleichzeitig pendeln 97.720 Beschäftigte, die in einem anderen Kreis wohnen, zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Region „Leipzig, Stadt“ (Einpendler). Der Saldo von Aus- und Einpendlern beläuft sich auf +33.409 (Pendlersaldo).



Auch in der zweitgrößten Stadt des Freistaats in der Landeshauptstadt Dresden überwiegt der Anteil der Einpendler. **In der Region „Dresden, Stadt“ wohnen 225.536 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.** Von ihnen pendeln 55.980 oder 24,8 Prozent zur Arbeit in einen anderen Kreis (Auspendler). Gleichzeitig pendeln 96.205 Beschäftigte, die in einem anderen Kreis wohnen, zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Region „Dresden, Stadt“ (Einpendler). Der Saldo von Aus- und Einpendlern beläuft sich auf +40.225 (Pendlersaldo).

In Brandenburg ergibt sich ein ähnliches Bild. **In der Region „Potsdam, Stadt“ wohnen 70.310 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.** Von ihnen pendeln 34.627 oder 49,2 Prozent zur Arbeit in einen anderen Kreis (Auspender). Gleichzeitig pendeln 49.133 Beschäftigte, die in einem anderen Kreis wohnen, zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Region „Potsdam, Stadt“ (Einpendler). Der Saldo von Aus- und Einpendlern beläuft sich auf +14.506 (Pendlersaldo).



Auch die Bundeshauptstadt hat eine enorme Sogwirkung in Bezug auf den Arbeitsmarkt auf ihr Umland: **In der Region „Berlin, Stadt“ wohnen 1.340.056 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.** Von ihnen pendeln 185.723 oder 13,9 Prozent zur Arbeit in einen anderen Kreis (Auspender). Gleichzeitig pendeln 321.219 Beschäftigte, die in einem anderen Kreis wohnen, zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Region „Berlin, Stadt“ (Einpendler). Der Saldo von Aus- und Einpendlern beläuft sich auf +135.496 (Pendlersaldo).

Der positive Pendlersaldo gilt jedoch nicht für alle Städte im IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen: **In der Region „Chemnitz, Stadt“ wohnen 92.450 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.** Von ihnen pendeln 28.207 oder 30,5 Prozent zur Arbeit in einen anderen Kreis (Auspender). Gleichzeitig pendeln 52.500 Beschäftigte, die in einem anderen Kreis wohnen, zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Region „Chemnitz, Stadt“ (Einpendler). Der Saldo von Aus- und Einpendlern beläuft sich auf +24.293 (Pendlersaldo).

In der Region „Zwickau“ wohnen 128.363 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Von ihnen pendeln 34.843 oder 27,1 Prozent zur Arbeit in einen anderen Kreis (Auspender). Gleichzeitig pendeln 33.004 Beschäftigte, die in einem anderen Kreis wohnen, zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Region „Zwickau“ (Einpendler). Der Saldo von Aus- und Einpendlern beläuft sich auf -1.839 (Pendlersaldo).

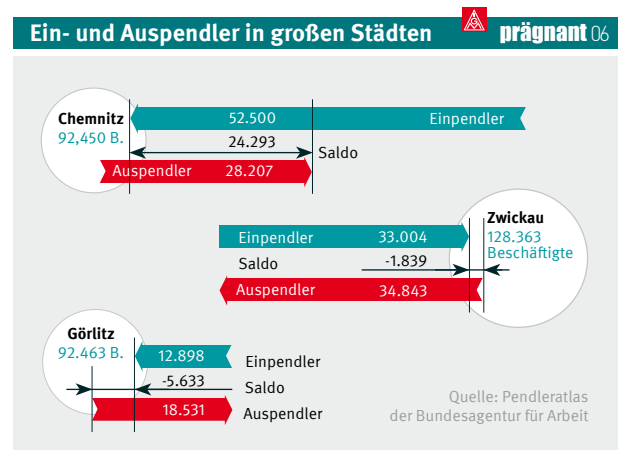
Zwickau hat demnach ein fast ausgeglichenes Pendlerverhalten. Ein- und Auspendler halten sich fast die Waage, wobei etwas weniger Menschen ein- als auspendeln.

Hier zeigt sich, dass städtische und ländliche Kreise eng miteinander verwoben sind und auch in ländlichen, zumindest angrenzenden Regionen zahlreiche Arbeitsplätze vorhanden sind.

In der Region „Görlitz“ wohnen 92.463 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Von ihnen pendeln 18.531 oder 20,0 Prozent zur Arbeit in einen anderen Kreis (Auspender). Gleichzeitig pendeln 12.898 Beschäftigte, die in einem anderen Kreis wohnen, zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Region „Görlitz“ (Einpendler). Der Saldo von Aus- und Einpendlern beläuft sich auf -5.633 (Pendlersaldo).

Görlitz ist ebenfalls ein Beispiel dafür, dass städtische und ländliche Kreise einen regen beschäftigungspolitischen Austausch von Menschen pflegen. Wie in Zwickau, ist auch in Görlitz der Pendlersaldo leicht negativ.

Görlitz und Zwickau sind zwei ostdeutsche Beispiele dafür, dass ländliche Kreise ebenfalls beschäftigungspolitische Bedeutung haben und nicht nur Städte Arbeitsplätze bereitstellen.



Forderungen der IG Metall

Die öffentliche Förderung nur noch auf Ballungsräume zu konzentrieren, kommt der beschäftigungspolitischen Realität im Osten nicht nach. Vielmehr scheinen ländliche und städtische Regionen einen regen beschäftigungspolitischen Austausch der Menschen hervorzubringen. Ein- und Auspendler gibt es in allen aufgezeigten ostdeutschen Städten. Aufstrebende Städte und das Umland sollten nicht separat betrachtet werden. Es gibt enge Verflechtungen.

Die IG Metall hält an der grundgesetzlich garantierten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse fest. Wir wenden uns entschieden gegen Verödung und Preisgabe ganzer Landstriche. Überall müssen Daseinsvorsorge und wettbewerbsfähige Infrastruktur geschaffen werden. Auch im ländlichen Raum gibt es hochproduktive Unternehmen und motivierte Belegschaften. Sie haben es verdient, anständige Rahmenbedingungen vorzufinden. Darüber hinaus kann die vorherrschende Wohnungsnot in den Städten ebenfalls kein Argument sein, noch mehr Beschäftigte vom Land in die Stadt zu lotsen. Lebenswerte ländliche Räume entlasten städtische Wohnungsmärkte.

Es braucht starke Regionen, die in wechselseitiger Verbindung mit dynamischen Städten existieren. In beiden Regionen, also in den Städten und auf dem Lande, müssen Gute Arbeit, moderne Infrastruktur und dauerhafte Daseinsvorsorge gewährleistet werden. Dazu gehören Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen wie zum Beispiel Berufsschulen und Kitas, eine moderne digitale Infrastruktur und ein moderner und effektiv getakteter Öffentlicher Personennahverkehr.

Der ländliche Raum in Ostdeutschland muss weiterhin, auch knapp 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, dringend besondere Beachtung erfahren.

Im Zeitraum von 1989 bis 2015 wanderten 1,9 Millionen Menschen mehr aus Ostdeutschland ab als zu. Der ländliche Raum in Ostdeutschland hat seit 1999 im Rahmen der Binnenwanderung ununterbrochen Einwohner verloren. Zwar sank auch in ländlichen Räumen in Westdeutschland die Einwohnerzahl. Im Vergleich sank allerdings die Einwohnerzahl im ländlichen Raum überproportional stark.

Der Rückschluss, der ländliche Raum könnte weiter vernachlässigt werden, ist der falsche Weg. Genau das Gegenteil ist notwendig. Der ländliche Raum, besonders an den Schnittstellen zu den Metropolen, muss weiterhin umfangreich gefördert werden. In Ost- und Westdeutschland kann mittlerweile jede dritte Stelle nicht mehr rasch besetzt werden. Innereuropäischer Zuzug kann hier Abhilfe leisten.

Die ostdeutschen Flächenländer weisen jedoch leider Wanderungsgewinne auf, die nicht einmal halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt sind. Besonders niedrig fallen die EU-Wanderungsgewinne in Sachsen und Sachsen-Anhalt aus.

Hier ist besonders die Politik gefordert, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es EU-Bürgerinnen und Bürgern attraktiver und leichter machen, in Ostdeutschland eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Die kürzlich veröffentlichte Studie des Dresdner ifo Instituts, wonach im Jahr 2019 die Einwohnerzahl Ostdeutschlands auf den Stand von 1905 sinken werde, verdeutlicht nochmals den Handlungsbedarf. Westdeutschland wird immer dichter besiedelt und der Osten Deutschlands verliert immer mehr Einwohner. Der ländliche Raum im Osten ist infolge der deutschen Teilung massiven Strukturbrüchen ausgesetzt gewesen. Ein Ende der Förderung des ländlichen Raumes in Ostdeutschland wäre eine doppelte und deshalb besonders ungerechte Bestrafung. Wir müssen den sozialen Zusammenhalt sowohl in den Städten als auch in der Fläche fördern. Dies kann unter anderem durch öffentliche Investitionen in moderne Verkehrswege gelingen, um die Verbindungswege Stadt-Land kurz zu halten. Darüber hinaus braucht es besser ausgestattete Schulen, verstärkte öffentliche Investitionen in Ladeinfrastruktur für Elektromobilität und den Ausbau schneller Datennetze. Freie Flächen in den Regionen sind darüber hinaus wichtig für die Ansiedelung industrieller Arbeitsplätze.

Tarifgebunden, mitbestimmt, ökologisch nachhaltig und infrastrukturell angebunden, so sehen für die IG Metall zukunftsfähige Arbeitsplätze in den Städten und auf dem Land aus.